

17.12.2009

## **KREISTAG: Fraktionen nehmen ihre neuen Rollen ein**

# **Streit um Entlastung des Landrats**

LUCKENWALDE - Der Landrat und seine Beigeordneten waren am Montagabend kaum gewählt, da zeigte sich bereits, wo die Trennlinien innerhalb des Kreistags verlaufen. Die CDU-Fraktion gerierte sich als strikte Oppositionskraft und die Linksfraktion als verlässliche Verbündete des Landrats.

Es ging um die Jahresrechnung 2008 und die Entlastung des Landrats. Diese sollte uneingeschränkt erfolgen, so der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) Rudolf Haase (Die Linke). Zwar wurde in der Stellungnahme des RPA die „fehlende Transparenz“ und die oft fehlende Professionalität „im Umgang mit Problemen der Haushaltsführung in den zuständigen Fachämtern“ kritisiert, aber es wurde auch betont, dass 2008 ein Haushaltsausgleich erreicht werden konnte. Aber nur unter der Voraussetzung, dass man den Fehlbedarf von 2006 in Höhe von 9,8 Millionen Euro nicht berücksichtigt. So schließt der Gesamthaushalt 2008 mit einem Defizit von 6,38 Millionen Euro ab. Dabei sei auch zu beachten, dass der Soll-Fehlbetrag aus der Jahresrechnung 2007 in Höhe von 15,15 Millionen Euro bisher nicht abgedeckt wurde. Unterm Strich ergibt sich also ein Minus von 21,5 Millionen Euro.

Die Unausgeglichenheit des Haushalts 2008 sei zwar unbefriedigend, aber unvermeidlich, heißt es in dem Bericht. Die Schuld dafür sieht der RPA in der „ ungenügenden Finanzausstattung von Bund und Land“.

So erwähnt der Bericht die Ausgaben für soziale Sicherung in Höhe von fast 100 Millionen Euro, was mit 58,4 Prozent weit mehr als der Hälfte der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes entspreche. Dem gegenüber stünden Einnahmen für die soziale Sicherung von nur 25,8 Millionen Euro.

Dessen ungeachtet legte die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag vor, wonach dem Landrat nur die eingeschränkte Entlastung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2008 erteilt werden soll. Michael Wolny begründete dies unter anderem damit, dass die Schlussberichte der kreiseigenen Gesellschaften fehlten und eine Prüfung der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) nicht erfolgt sei. Außerdem habe der Landkreis Teltow-Fläming mittlerweile einen überdurchschnittlichen Schuldenstand erreicht.

Rudolf Haase bezichtigte die CDU der Fundamentalopposition. Bisher sei man sich einig darin gewesen, die Entlastung zu erteilen, wenn das Ergebnis der Jahresrechnung buchhalterisch nicht zu beanstanden sei. Jetzt würde eine Fraktion diesen Konsens erstmals aufkündigen, weshalb zu überlegen sei, den RPA paritätisch zu besetzen und nicht wie bisher jeder Fraktion – egal wie groß – einen Sitz einzuräumen.

Die Begründung der CDU, so Haase, sei nicht nachzuvollziehen. Es sei nun einmal so, dass man wegen der mangelnden Finanzausstattung eine Art Nothaushalt verwalte. „Das der Kreisverwaltung vorzuwerfen, ist unredlich“, so Haase.

SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Schulze meinte, dass das strukturelle Defizit von 21 Millionen Euro nicht der Untergang des Abendlandes bedeute. Andere Kreise und kreisfreie Städte hätten mit weit höheren Fehlbeträgen zu kämpfen.

Dem entgegnete Wolny, dass wiederum andere Kreise weniger Schulden und ausgeglichene Haushalte hätten. „Danach sollten wir streben“, so der CDU-Mann. Außerdem betreibe seine Fraktion keine Fundamentalopposition. Täte sie das, hätte sie gefordert, den Landrat überhaupt nicht zu entlasten.

Doch selbst für eine eingeschränkte Entlastung brauche man eindeutige Nachweise unkorrekter Haushaltsführung, meinte Gertraud Rocher (FDP), um das auch gerichtsfest zu machen. „Für diese sinnlose Parteipolemik steht unsere Fraktion von FDP und Bauernpartei jedenfalls nicht zur Verfügung“, so Rocher.

Der Änderungsantrag der CDU wurde mehrheitlich abgelehnt und der Landrat uneingeschränkt entlastet. (Von Hartmut F. Reck)